

BÜRGERVERSICHERUNG

Was ist die Bürgerversicherung?

Die Bürgerversicherung ist ein Modell, das die strikte Trennung zwischen privater und gesetzlicher Krankenversicherung aufhebt und ein einheitliches Versicherungssystem für alle Bürger schafft. Kernelement ist, dass alle Bürger mit ihren jeweiligen Einkommen zur Finanzierung der medizinischen Versorgung beitragen. Unabhängig von seinem Berufsstand zahlt jeder Bürger einen bestimmten Prozentsatz seines Einkommens in die Bürgerversicherung ein. Das Konzept wurde bereits 2003 von der Rürup-Kommission sowie von Gesundheitsexperte Karl Lauterbach (SPD) ausgearbeitet. Die konkrete Realisierung dieses Reformansatzes ist allerdings umstritten. SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die Linke sowie einige Gewerkschaften sind für die Umsetzung einer Bürgerversicherung. Gegen diese Umstellung sprechen sich unter anderem die privaten Krankenversicherer, die CDU und die FDP aus.

Was sind die Vor- und Nachteile einer Bürgerversicherung?

Befürworter versprechen sich von einer Bürgerversicherung mehr Gerechtigkeit, deutlich geringere Krankenkassenbeiträge und ein effizienteres Gesundheitssystem. Innerhalb des einheitlichen Versicherungssystems soll ein lebhafter Wettbewerb aller Versicherer um bestmögliche Qualität und Wirtschaftlichkeit der Versorgung im Interesse der Versicherten erfolgen. Für die Gegner stellt die Bürgerversicherung eine staatliche Bevormundung dar. Sie befürchten, dass Arbeitsplätze in der Versicherungsbranche gestrichen würden, dass Ärzte von starken Verlusten betroffen wären und dass es zu einem Anstieg der Steuern kommen könnte. Zudem würde die Einführung der Einheitsversicherung zu einer schlechteren Versorgung sowie zu einer höheren Belastung der Versicherten führen.

Ozan Sözeri, Gründer und Geschäftsführer der WIDGE.de GmbH:

Dass etwas gegen die hohen Versicherungsbeiträge gemacht werden muss, steht außer Frage. Doch vor einem derart radikalen Systemwechsel müssen alle Aspekte der Umsetzbarkeit geklärt sein. Die Konzepte zur Bürgerversicherung weisen jedoch erhebliche Mängel auf. Eine Reform, bei der massiver Stellenabbau in der Versicherungsbranche, große Einkommensverluste bei Ärzten und höhere Steuerbelastung für die Gesamtbevölkerung drohen, kann nicht die Lösung sein.

PRESSEKONTAKT

Simon Wierz
Kattrepelsbrücke 1, 20095 Hamburg
Tel.: 040 6094668-22
Fax: 040 6094668-52
E-Mail: presse@widge.de

FACTSHEETS

Hintergrundinformationen zu weiteren Themen aus der Versicherungsbranche finden Sie unter:

www.widge.de/infos/factsheets/

DIE BEFÜRWORDER DER BÜRGERVERSICHERUNG

SPD

Die SPD plädiert für eine Abschaffung der privaten Krankenversicherung und für die Einführung einer Bürgerversicherung. Die Sozialdemokraten wollen nach eigenen Angaben auf diese Weise die Zwei-Klassen-Medizin abbauen und für mehr Gerechtigkeit und Stabilität im Gesundheitssystem sorgen. Da es bei dem Konzept keine Trennung zwischen gesetzlich und privat Versicherten gibt, tragen auch Besserverdiener zur Bürgerversicherung bei. Die Pläne der SPD sehen vor, dass keine Zusatzbeiträge erhoben werden und dass eine beitragsfreie Mitversicherung von Kindern und Ehepartnern möglich ist. Ein Beitragssplitting für nicht erwerbstätige Ehepartner soll es nicht geben. Die Finanzierung der Bürgerversicherung soll nach Plänen der SPD auf drei Säulen basieren: Zum einen soll es den Bürgerbeitrag geben, der prozentual auf das Einkommen oberhalb der Geringfügigkeitsgrenze von 400 Euro erhoben wird. Zum anderen ist ein Arbeitgeberbeitrag geplant, das heißt, Unternehmen zahlen prozentual auf die gesamte Lohnsumme ihrer Mitarbeiter. Als dritte Säule für die Finanzierung der Einheitsversicherung sieht die SPD den Steuerbeitrag, der auf die Kapitalerträge erhoben wird.

Bündnis 90/Die Grünen

Die Grünen wollen durch ihre Bürgerversicherung ein gerechteres und nachhaltigeres Finanzierungssystem schaffen. Für sie steht dieser Reformansatz für mehr Solidarität, da es keinen Zusammenhang mehr zwischen der Höhe der gezahlten Beiträge und dem Anspruch auf Gesundheitsleistungen gibt. Zur Beitragsberechnung sollen nach den Plänen der Grünen alle Einkommensarten berücksichtigt werden, das heißt, neben Löhnen, Gehältern und Renten werden auch die Einkommen aus Vermietung, Verpachtung etc. in die Rechnung miteinbezogen. Arbeitgeber tragen dabei paritätisch die Hälfte der Beiträge ihrer Versicherten. Die Beitragsbemessungsgrenze soll nach Plänen der Grünen auf 5.500 EUR angehoben werden. Kinder werden kostenlos mitversichert und auch das Beitragssplitting für nicht erwerbstätige Ehepartner soll übernommen werden. Darüber hinaus sollen jegliche Zuzahlungen, Zusatz- und Sonderbeiträge abgeschafft werden. Privat Versicherte werden in die Bürgerversicherung überführt – ihre zusätzlichen Leistungsansprüche bleiben erhalten und werden über Zusatzversicherungen gewährleistet. Die privaten Krankenversicherer dürfen aber auch selbst die Bürgerversicherung anbieten. Die Grünen sehen die Einheitsversicherung generell als besonders wettbewerbsfördernd an, da alle Versicherungen innerhalb des gleichen Rechtsrahmens miteinander konkurrieren.

PRESSEKONTAKT

Simon Wierz
Kattrepelsbrücke 1, 20095 Hamburg
Tel.: 040 6094668-22
Fax: 040 6094668-52
E-Mail: presse@widge.de

FACTSHEETS

Hintergrundinformationen zu weiteren Themen aus der Versicherungsbranche finden Sie unter:

www.widge.de/infos/factsheets/

Die Linke

Auch die Partei Die Linke ist für die Einführung einer solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung, in die jeder Bürger eintreten darf. Das Ziel dieser Reform ist es, die soziale Gerechtigkeit wiederherzustellen. Darüber hinaus sollen stabile Beiträge gewährleistet werden. Zur Beitragsberechnung sollen nach Plänen der Linken alle Einkommensarten einbezogen werden, also sämtliche Einkommen aus Löhnen, Honoraren, Miet-, Pacht-, und Kapitalerträgen. Der Beitragssatz soll über Jahre hinaus bei etwa zehn Prozent liegen. Der Arbeitgeber trägt die Hälfte der Beiträge seiner Beschäftigten. Zudem plädiert die Linke dafür, die Beitragsbemessungsgrenze abzuschaffen, sodass es für Besserverdiener zukünftig keine Deckelung mehr bei der Beitragsberechnung gibt. Besonders Menschen mit einem geringen und mittleren Einkommen sollen laut der Linken von der Bürgerversicherung profitieren. Im Konzept der Partei werden die privaten Krankenversicherer komplett abgeschafft, sie sollen nur noch freiwillige Zusatzversicherungen anbieten.

PRESSEKONTAKT

Simon Wierz
Kattrepelsbrücke 1, 20095 Hamburg
Tel.: 040 6094668-22
Fax: 040 6094668-52
E-Mail: presse@widge.de

FACTSHEETS

Hintergrundinformationen zu weiteren Themen aus der Versicherungsbranche finden Sie unter:

www.widge.de/infos/factsheets/

DIE GEGNER DER BÜRGERVERSICHERUNG

CDU

Für die CDU kommt eine Bürgerversicherung nicht in Frage. Aus Sicht der Partei hat sich das Zwei-Säulen-System aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung bewährt. Gerade der Wettbewerb zwischen den beiden Versicherungssystemen führt laut Union zu niedrigen Beiträgen und garantiert allen Menschen in Deutschland eine hervorragende Gesundheitsversorgung. Die Einführung der Bürgerversicherung würde zu einer Verschlechterung der gesundheitlichen Versorgung, zum Verlust von Arbeitsplätzen und zu weiteren Beitragssteigerungen führen. Aufgrund von erheblichem, bürokratischem Mehraufwand würden zudem hohe Folgekosten für den Steuerzahler entstehen. Nichtsdestotrotz fordert auch die CDU Verbesserungsmaßnahmen bei der privaten Krankenversicherung.

FDP

Auch die FDP lehnt die Einführung einer Bürgerversicherung ab. Laut der Partei würde ein einheitliches System die bestehenden Probleme nicht lösen. Stattdessen würde der Faktor Arbeit belastet, die Innovationsfähigkeit gehemmt und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gefährdet. Zudem würde es zu einer Vernichtung von vielen Tausenden Arbeitsplätzen in der privaten Versicherungswirtschaft, zu einer Verschlechterung der Versorgung und zu einer Zwei-Klassen-Medizin kommen. Die Liberalen fordern daher, dass die Dualität aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung bestehen bleibt, und dass vielmehr die private Krankenversicherung zukunftsfest gemacht wird. Dazu gehört nach Ansicht der Partei, dass mehr Transparenz bei den Basistarifen gewährleistet wird und dass Konzepte zur Beitragsentwicklung und zur Portabilität von Altersrückstellungen entwickelt werden.

Diese Informationen basieren auf den jeweiligen Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2013.

PRESSEKONTAKT

Simon Wierz
Kattrepelsbrücke 1, 20095 Hamburg
Tel.: 040 6094668-22
Fax: 040 6094668-52
E-Mail: presse@widge.de

FACTSHEETS

Hintergrundinformationen zu weiteren Themen aus der Versicherungsbranche finden Sie unter:

www.widge.de/infos/factsheets/